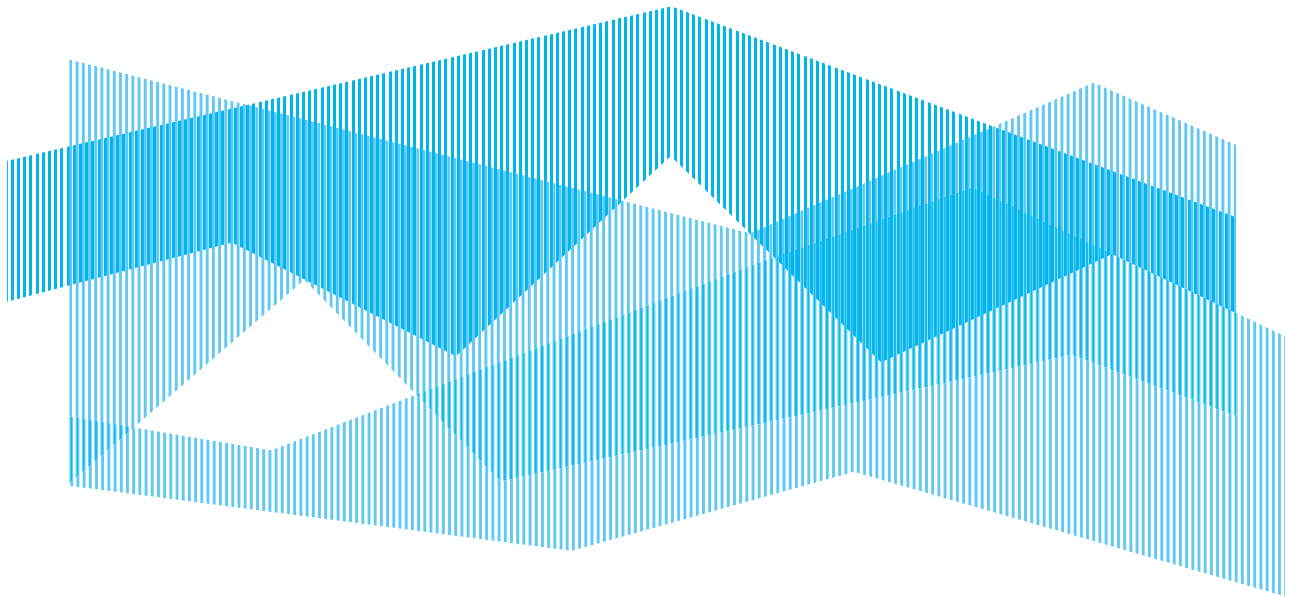
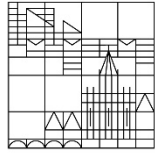




Sinkendes Vertrauen, zunehmende Ungleichheit? Die Performanz des deutschen Sozialstaats im Spiegel der öffentlichen Meinung

Marius R. Busemeyer, Universität Konstanz, marius.busemeyer@uni-konstanz.de

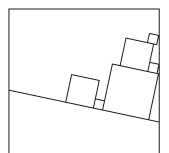
Felix Jäger, Universität Konstanz, felix.jaeger@uni-konstanz.de

Working-Paper-Serie des Clusters "The Politics of Inequality":

→ <https://inequality.uni.kn/working-papers>

Working papers of the Cluster of Excellence "The Politics of Inequality" serve to disseminate the research results of work in progress prior to publication. Inclusion of a paper in the working paper series does not constitute publication and should not limit publication in any other outlet. The working papers published by the Cluster represent the views of the respective author(s) and not of the Cluster as a whole.

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Über die Autoren

Marius Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politische Ökonomie am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften und Sprecher des Exzellenzclusters "The Politics of Inequality". Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen vergleichende politische Ökonomie und Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik, Staatsausgaben, Theorien des institutionellen Wandels sowie öffentliche Meinung und individuelle Einstellungen zum Sozialstaat.

Felix Jäger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Ungleichheitsbarometer am Cluster of Excellence „The Politics of Inequality“. Er hat Politikwissenschaft in Frankfurt am Main und Bamberg studiert und promoviert derzeit an der Graduate School of Economic and Social Sciences der Universität Mannheim. In seiner Forschung untersucht er Bevölkerungseinstellungen, hauptsächlich durch (experimentelle) Umfrageforschung.

Sinkendes Vertrauen, zunehmende Ungleichheit? Die Performanz des deutschen Sozialstaats im Spiegel der öffentlichen Meinung

Der Sozialstaat in Deutschland sowie in anderen Ländern erfreut sich weithin einer hohen Beliebtheit und Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. Sozialpolitische Programme wie Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt- sowie Bildungs- und Familienpolitik federn die negativen Auswirkungen von wirtschaftlichen Krisen und sozialen Risiken auf der individuellen und kollektiven Ebene ab. Durch diese mehr oder weniger umfassende Absicherung sichert der Sozialstaat die politische Legitimation der demokratischen Marktwirtschaft und generiert langfristiges Vertrauen der Bürger:innen in das politische System.¹

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass ein Verlust des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit und Fairness des Sozialstaats Rückwirkungen auf das Vertrauen der Bürger:innen in Staat und Demokratie haben könnte.² Der Sozialstaat trägt einerseits durch soziale Transfers und Dienstleistungen wesentlich zur Reduzierung von sozialer und ökonomischer Ungleichheit bei;³ er kann jedoch selbst auch neue Verteilungskonflikte erzeugen – insbesondere in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Wenn die (Um-)Verteilung von Ressourcen durch den Sozialstaat als unfair, ineffizient oder langfristig nicht finanzierbar wahrgenommen wird, erodiert das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates und damit auch das Vertrauen in die Politik.

Dieses Paper untersucht mit Umfragedaten aus der neuesten Welle des Konstanzer Ungleichheitsbarometers (siehe Infobox für Details) die individuellen Wahrnehmungen der deutschen Wohnbevölkerung hinsichtlich der Fairness und Performanz des deutschen Sozialstaates. Generell zeigen die Daten, dass die Bürger:innen die langfristige Nachhaltigkeit des deutschen Sozialstaates ausgesprochen kritisch sehen. Dies gilt in besonderer Weise für die Bereiche Rente und Gesundheitsversorgung. Die Befragten nehmen außerdem starke Defizite in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit *innerhalb* des Sozialstaats wahr. Wir diskutieren die politischen Implikationen dieser Befunde im abschließenden Abschnitt dieses Papiers.

Zur Umfrage

Die hier präsentierten Daten wurden im Rahmen einer Online-Befragung der über-18-jährigen Wohnbevölkerung in Deutschland durch die Umfragefirma Verian (ehemals Kantar) erhoben. Die Erhebung fand zwischen dem 11. November und 5. Dezember 2024 statt. Insgesamt nahmen 6.152 Befragte teil. Die Daten sind quasi repräsentativ; verbleibende Abweichungen werden durch Gewichtung ausgeglichen. Wenn in der Befragung von Einkommen gesprochen wird, beziehen wir uns auf das Netto-Einkommen von Haushalten in Deutschland, zu dem Lohn/Gehalt, Rente/Pension, Kindergeld und andere Einkünfte zählen, jeweils nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Befragten wurden in der Umfrage über diese Definitionen informiert.

¹ Kumlin, Staffan, Isabelle Stadelmann-Steffen and Atle Haugsgjerd. 2017. "Trust and the Welfare State." S. 385-408 in: The Oxford Handbook of Social and Political Trust, hg. von E. M. Uslaner. Oxford: Oxford University Press.

² Haugsgjerd, Atle and Staffan Kumlin. 2020. "Downbound Spiral? Economic Grievances, Perceived Social Protection and Political Distrust." West European Politics 43(4):969-90.

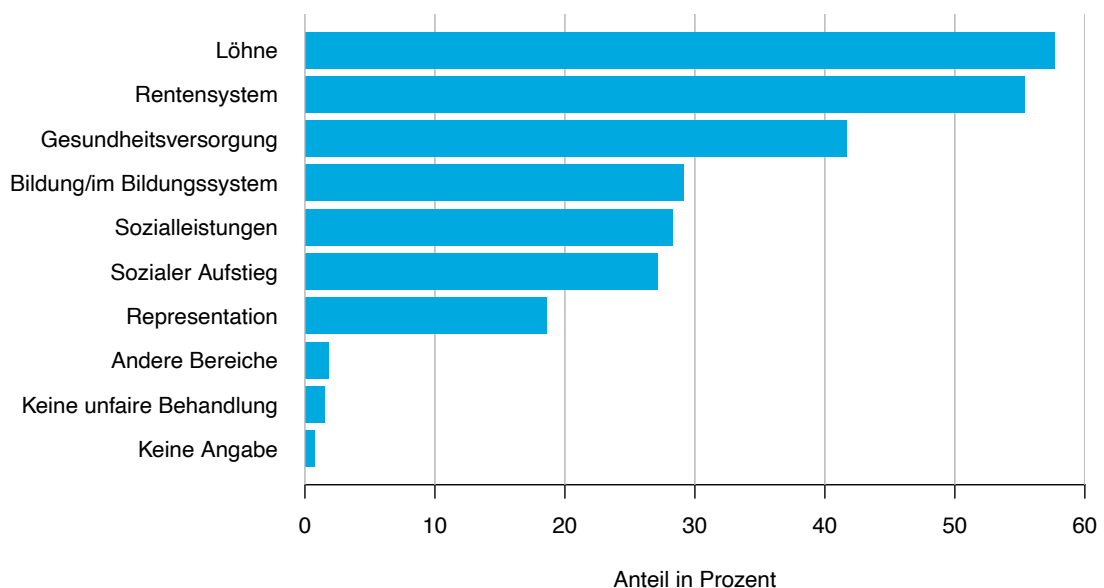
³ Huber, Evelyne and John D. Stephens. 2024. Challenging Inequality: Variation across Postindustrial Societies. Chicago: University of Chicago Press.

Wahrgenommene unfaire Behandlung in Politik, Wirtschaft und Sozialstaat

In einem ersten Schritt nähern wir uns dem Thema mit einer relativ breiten Perspektive: Es geht hierbei um die Frage, wie und wo die Befragten die Existenz von ungleicher Behandlung wahrnehmen, die zudem auch als unfair betrachtet wird. Hierbei haben die Befragten die Auswahl zwischen verschiedenen Bereichen, die neben dem Sozialstaat (Rente, Gesundheitsversorgung, Bildung, Sozialleistungen) auch die Wirtschaft (Löhne und Arbeitsmarkt) und die Politik (Repräsentation) umfassen. Diese breite Perspektive erlaubt es zu verstehen, inwiefern die Bürger:innen den Sozialstaat als Verursacher von unfairer Behandlung wahrnehmen statt als wichtigen Korrekturmechanismus von Marktungleichheit.

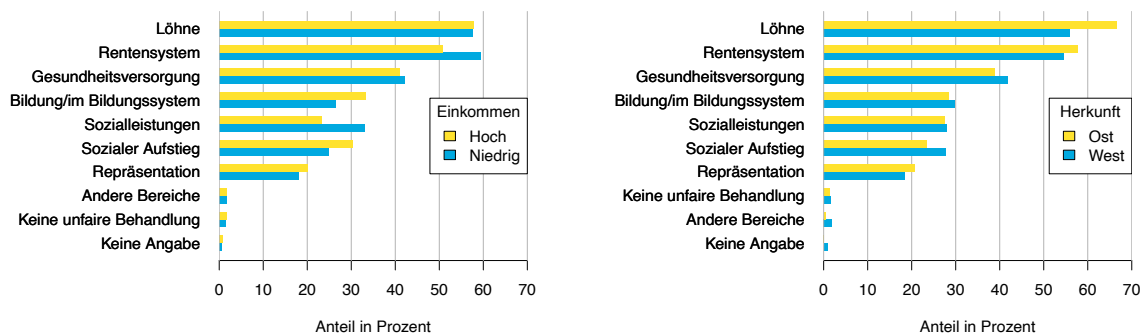
In der spezifischen Fragestellung hatten die Befragten die Gelegenheit, bis zu 3 Bereiche anzugeben, „von denen [sie] glauben, dass in diesen Bereichen in Deutschland eine besonders unfaire Behandlung herrscht“. Abbildung 1 zeigt den Anteil der Befragten, die im Rahmen ihrer (bis zu) drei Antwortmöglichkeiten den jeweiligen Bereich genannt haben. An erster Stelle steht – wenig überraschend – der Bereich *Löhne*, da hier über den Arbeitsmarkt ein hohes Maß an ökonomischer Ungleichheit generiert wird, die offensichtlich auch zu einem gewissen Grad als unfair wahrgenommen wird. Auf Platz 2 und 3 folgen zwei sozialpolitische Schwergewichte – die Bereiche *Rente* und *Gesundheitsversorgung*. Dies ist erstaunlich, da objektiv betrachtet andere Bereiche des Sozialstaats (z.B. Sozialleistungen) ebenso plausibel als Beispiele für unfaire Behandlung herangezogen werden könnten. Im Bereich Rente gilt das Prinzip der Äquivalenz zwischen eingezahlten Beiträgen und ausgezahlten Renten und damit ein recht hohes Maß an Leistungsgerechtigkeit. In der Gesundheitsversorgung dominiert im Gegensatz dazu das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit in dem Sinne, dass die Leistungen normiert sind, die absolute Höhe der Beiträge aber variiert. Dies gilt allerdings nur für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung – und es könnte genau der Unterschied zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung im Hinblick auf Zugang zu Leistungen, Verfügbarkeit von Terminen und Behandlungsmöglichkeiten sein, der als unfair wahrgenommen wird.

Abbildung 1: Wahrgenommene unfaire Behandlung in verschiedenen Bereichen



Die Daten erlauben keine direkten Rückschlüsse darauf, welche Aspekte die Befragten an den Bereichen genau als unfair wahrnehmen. Eine deskriptive Untersuchung der Zusammenhänge mit den individuellen Eigenschaften der Befragten liefert aber gewisse Anhaltspunkte (siehe Abbildung 2). Zum Beispiel nehmen Befragte mit geringem Einkommen in besonderer Weise eine unfaire Behandlung im Bereich Rente wahr – möglicherweise aus Sorge davor, dass ihre geringen Einkommen nicht ausreichen, um im Alter eine Lebensstandard-sichernde Rente zu finanzieren. Menschen mit geringem Einkommen nehmen außerdem im Bereich der Sozialleistungen in stärkerem Maße eine unfaire Behandlung wahr – potenziell aus dem Grund, dass sie sich nicht ausreichend vom Sozialstaat unterstützt fühlen. Im Gegensatz dazu nehmen Menschen mit hohem Einkommen vor allen Dingen unfaire Behandlung in den Bereichen Bildung und sozialer Aufstieg wahr. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Personen, die selbst höhere Bildungsabschlüsse (und Einkommen) besitzen, sensibler auf bildungsbezogene Ungleichheiten reagieren. Es könnte aber auch damit zu tun haben, dass Bildungsaufsteiger:innen von den begrenzten Möglichkeiten ihres eigenen Aufstiegs enttäuscht sind. Abbildung 2 zeigt außerdem Unterschiede zwischen Befragten in Ost- und Westdeutschland, die insgesamt allerdings eher gering ausfallen. Befragte in Ostdeutschland nehmen stärker unfaire Behandlung in den Bereichen Löhne, Rente und Repräsentation wahr als Befragte in Westdeutschland.

Abbildung 2: Bivariater Zusammenhang zwischen wahrgenommener unfairer Behandlung, Einkommen und Wohnort (Ost- vs. Westdeutschland)



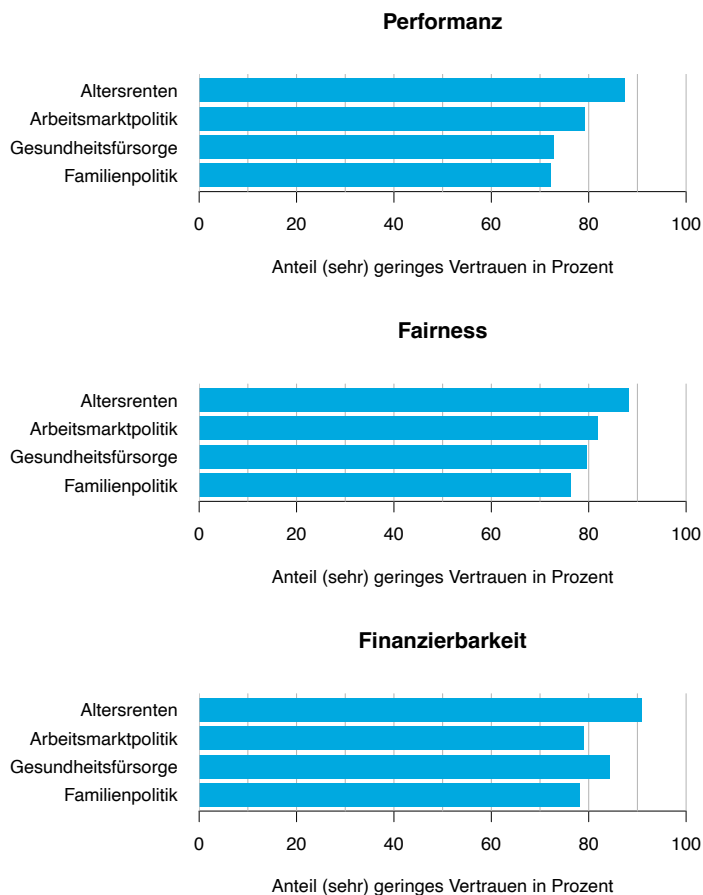
Langfristiges Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des deutschen Sozialstaates

Im nächsten Schritt untersuchen wir das Vertrauen der Befragten in die langfristige Funktionsfähigkeit, Finanzierbarkeit und Fairness des deutschen Sozialstaates. Hierbei geht es also weniger um die Frage, inwiefern der Sozialstaat kurzfristig auf wirtschaftliche Krisen und Schocks reagiert (was zweifelsohne auch eine wichtige Fragestellung ist), sondern um die Erfassung der Performanz- und Fairnesswahrnehmungen der Bürger:innen aus einer langfristigen Perspektive. Von Interesse ist außerdem, ob die Befragten zwischen unterschiedlichen Teilbereichen des Sozialstaats differenzieren oder ob sie ein eher pauschales Urteil über die verschiedenen Teilbereiche hinweg fällen.

Das Konstanzer Ungleichheitsbarometer misst das Ausmaß des langfristigen Vertrauens der Befragten im Hinblick auf drei unterschiedliche, aber verwandte Aspekte: (1) generelle Einschätzungen dazu, „ob der Sozialstaat seine Aufgaben gut erfüllen kann“ (allgemeine Performanzwahrnehmungen); (2) Vertrauen in die gerechte Verteilung von sozialpolitischen Leistungen in den verschiedenen Teilbereichen des Sozialstaats (Fairness-Wahrnehmungen); und (3) Vertrauen in die langfristige Finanzierbarkeit der Teilbereiche. Abbildung 3 zeigt den Anteil der

Befragten, die ein geringes oder sehr geringes Vertrauen in die Erfüllung der drei Aspekte (Performanz, Fairness, Finanzierbarkeit) haben.

Abbildung 3: Vertrauen in Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit der Teilbereiche des Sozialstaates

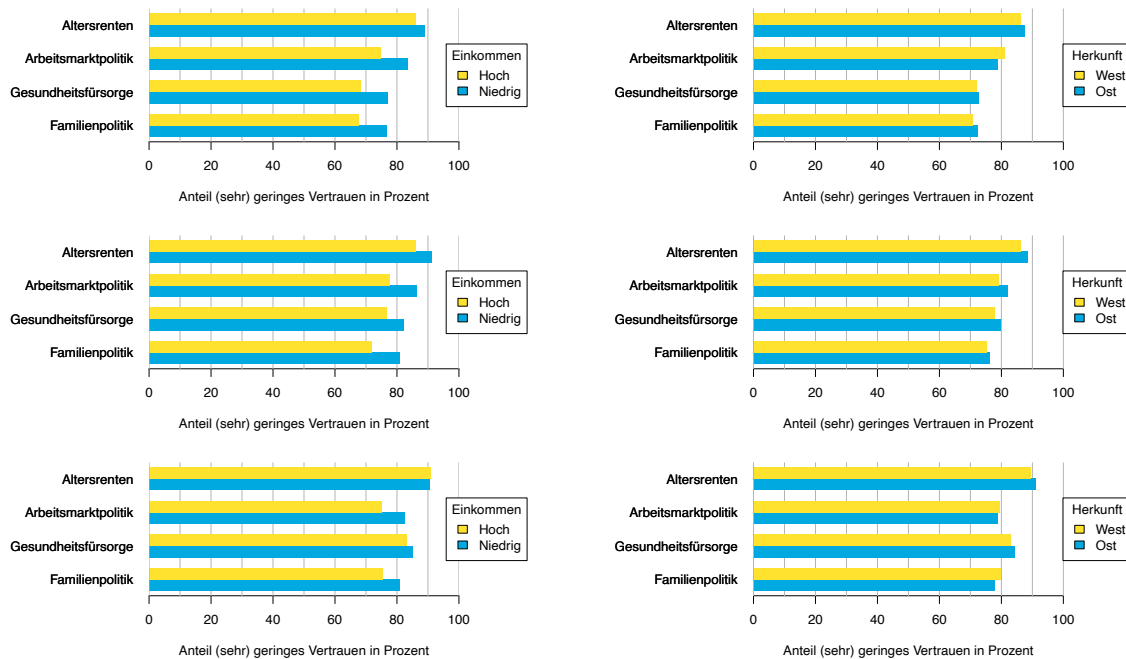


Die Ergebnisse dieser Analyse vermitteln eine klare Erkenntnis: Generell herrscht unter den Befragten ein geringes bis sehr geringes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, Fairness und langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Sozialstaates. Über 70% der Befragten haben ein (sehr) geringes Vertrauen in die verschiedenen Aspekte des Sozialstaates. Zudem ist die Reihung der Teilbereiche über die verschiedenen Dimensionen hinweg sehr ähnlich: Die höchste Skepsis zeigt sich im Bereich der Altersrenten, der Teilbereich der Familienpolitik steht relativ betrachtet am besten da. Die Bereiche Gesundheit und Arbeitsmarktpolitik liegen zwischen diese beiden Extremen. Trotz dieser Unterschiede ist dennoch das Vertrauen auch im besten Fall der Familienpolitik eher gering ausgeprägt. Auffallend ist auch, dass es wieder der Bereich Rente ist, der wie bei der ersten, oben diskutierten Frage besonders negativ eingeschätzt wird, sowohl was die generelle Performanz als auch die Fairness der Versorgung angeht.

In Abbildung 4 wird das Vertrauen in die Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit des Sozialstaates nach Einkommen und Herkunft der Befragten aufgeschlüsselt. Auf der linken Seite der Abbildung zeigt sich ein konstantes Bild über die verschiedenen Teilbereiche des Sozialstaates hinweg: Befragte mit geringerem Einkommen (weniger als der Durchschnitt) zeigen in fast allen Fällen ein signifikant geringeres Vertrauen. Auf der rechten Seite der Abbildung, der

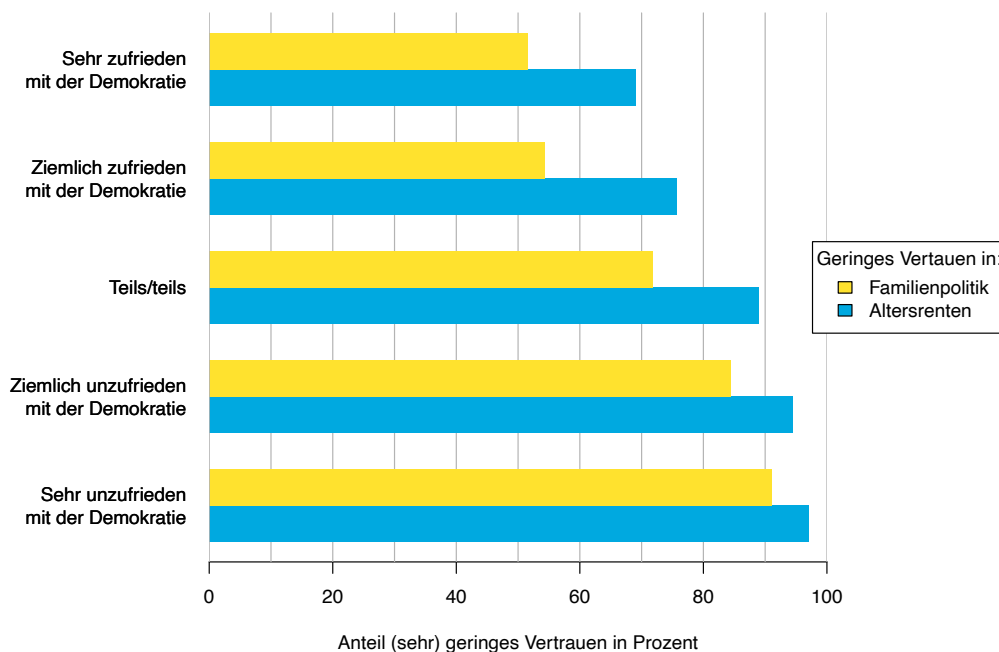
Unterscheidung nach Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland, zeigen sich nur geringe Unterschiede, wobei das Misstrauen gegenüber dem Sozialstaat in Ostdeutschland in vielen Fällen gering höher ausfällt.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Vertrauen in Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit der Teilbereiche des Sozialstaates und Bildung sowie Herkunft



Das erodierende Vertrauen in die Funktionsfähigkeit, Fairness und langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Sozialstaats hat weit reichende Implikationen. Wenn – aus Sicht der Befragten – der Sozialstaat nicht (mehr) leistungsfähig ist und Ungleichheit verstärkt, statt diese abzubauen, könnte das mit einer Erosion des allgemeinen politischen Vertrauens einhergehen. Abbildung 5 unterstreicht eindrucksvoll diesen vermuteten Zusammenhang. Sie zeigt den Zusammenhang zwischen den allgemeinen Performanzwahrnehmungen in den Bereichen Altersrente (dem „worst case“ aus Abbildung 3) und Familienpolitik (dem „best case“ aus Abbildung 3) auf der einen Seite und dem Ausmaß der Zufriedenheit der Befragten mit „der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“. Hier zeigt sich ein klar negativer Zusammenhang, und zwar in gleicher Weise für beide Teilbereiche: Ein geringes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats geht einher mit einer geringeren Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen. Das unterstreicht eindrucksvoll die legitimatorische Bedeutung der Sozialpolitik. Ein funktionierender Sozialstaat stabilisiert Vertrauen in demokratische Politik, aber ebenso gut können wahrgenommene Defizite der Sozialpolitik sich negativ auf das Grundvertrauen in die Demokratie auswirken.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Performanzwahrnehmungen und Demokratiezufriedenheit



Relative Bevorzugung und Benachteiligung von Gruppen

In einem letzten Schritt untersuchen wir Wahrnehmungen hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit des Sozialstaats in Bezug auf unterschiedlichen Gruppen von Nutznießer:innen und Empfänger:innen verschiedener sozialstaatlicher Leistungen. Die Sozialpolitik-Forschung hat nachgewiesen, dass Wahrnehmungen der ‚Verdienstlichkeit‘ (‚deservingness‘) eine große Rolle spielen für die Frage, ob sozialstaatliche Programme von der Öffentlichkeit unterstützt werden oder nicht. Sozialprogramme und Dienstleistungen, die sich an ‚verdienstvolle‘ Gruppen richten, werden eher unterstützt als solche, die sich an Gruppen richten, die als ‚undankbar‘ wahrgenommen werden.⁴ Ob eine Gruppe als verdienstvoll wahrgenommen wird oder nicht, hängt zum einen von objektiven Kriterien ab, wie zum Beispiel der Bedürftigkeit, dem Engagement der Leistungsempfänger:innen, aus der Notsituation herauszukommen, der Identität der Empfängerin / des Empfängers und weiteren Faktoren. Zum anderen spielt aber auch eine Rolle, wie politische Akteure die Bedürftigkeit und Anspruchsberechtigung von unterschiedlichen Gruppen in politischen Diskursen ‚framen‘.⁵

Im Konstanzer Ungleichheitsbarometer haben wir den Bürger:innen eine Reihe von Gruppen genannt und sie daraufhin befragt, inwiefern Angehörige dieser Gruppen vom Sozialstaat das bekommen, „was ihnen zusteht“. Hierbei wurde bewusst offengelassen, welche konkreten Leistungen der Sozialstaat für die jeweiligen Gruppen erbringt, denn es geht hierbei eher um abstraktere Einschätzungen zur wahrgenommenen Fairness des Sozialstaats. In diesem Sinne müssen diese subjektiven Wahrnehmungen auch nicht unbedingt der objektiven Realität entsprechen. Sie sind jedoch von entscheidender Bedeutung im Hinblick auf politische

⁴ Van Oorschot, Wim. 2006. "Making the Difference in Europe: Deservingness Perceptions among Citizens of European Welfare States." *Journal of European Social Policy* 16(1):23-42.

⁵ Schneider, Anne Larason and Helen Ingram. 1997. *Policy Design for Democracy*. Lawrence: University of Kansas Press.

Willensbildung und Wahlentscheidungen. Die Befragten konnten ihre Antworten auf einer 5er Skala verorten, die von „bekommen viel weniger als ihnen zusteht“ bis „bekommen viel mehr als ihnen zusteht“ reicht.

Abbildung 6: Subjektive Wahrnehmung der relativen Benachteiligung und Bevorzugung unterschiedlicher Gruppen durch den Sozialstaat

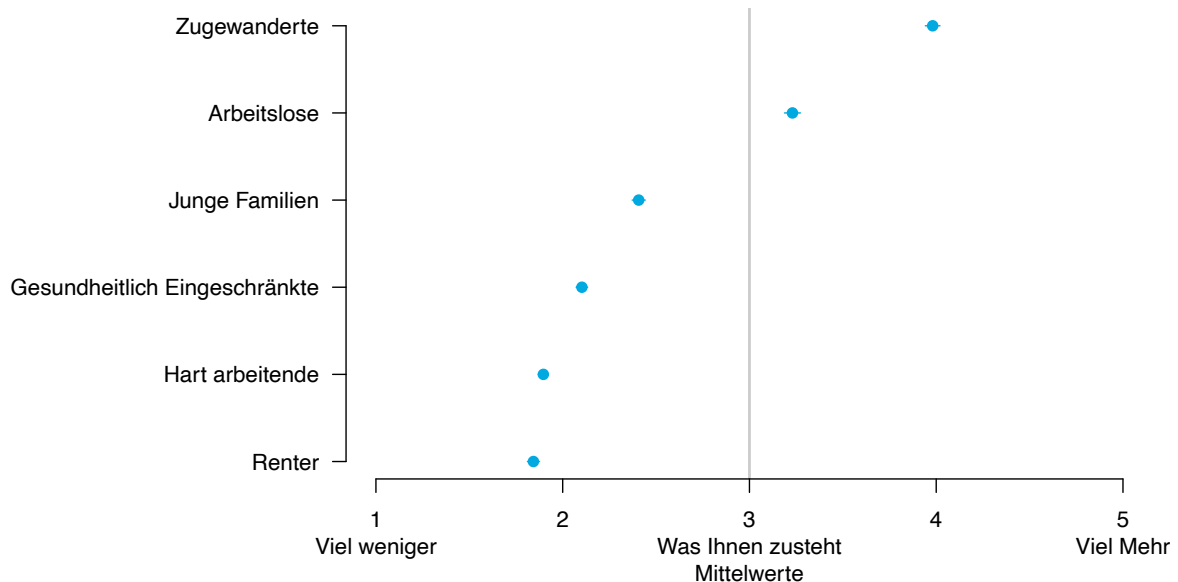


Abbildung 6 zeigt den Durchschnitt der Antworten über alle Befragten hinweg an. Werte über dem Mittelpunkt der 5er Skala (3) zeigen an, dass die Befragten für die jeweilige Gruppe eine (unfaire) Bevorzugung durch den Sozialstaat wahrnehmen; Werte unter dem Mittelwert stehen für eine wahrgenommene Benachteiligung bzw. unfaire Behandlung. Eine erste wichtige Beobachtung ist, dass über alle Gruppen hinweg betrachtet, die Befragten ein gewisses ‚Sozialstaatsdefizit‘ in folgendem Sinne wahrnehmen: der Sozialstaat sorgt nicht dafür, dass die Menschen in Deutschland das bekommen, was ihnen eigentlich zusteht (d.h. der Durchschnittswert über alle Gruppen hinweg liegt unter dem Mittelwert der Skala). Ob es sich hierbei um ein echtes Gerechtigkeitsdefizit handelt oder eher um eine Art struktureller Unzufriedenheit einer saturierten Wohlstandsgesellschaft, kann nicht abschließend beurteilt werden. Auffällig ist jedoch die Parallele zu den oben diskutierten Befunden zum geringen Vertrauen in die Performanz des Sozialstaats.

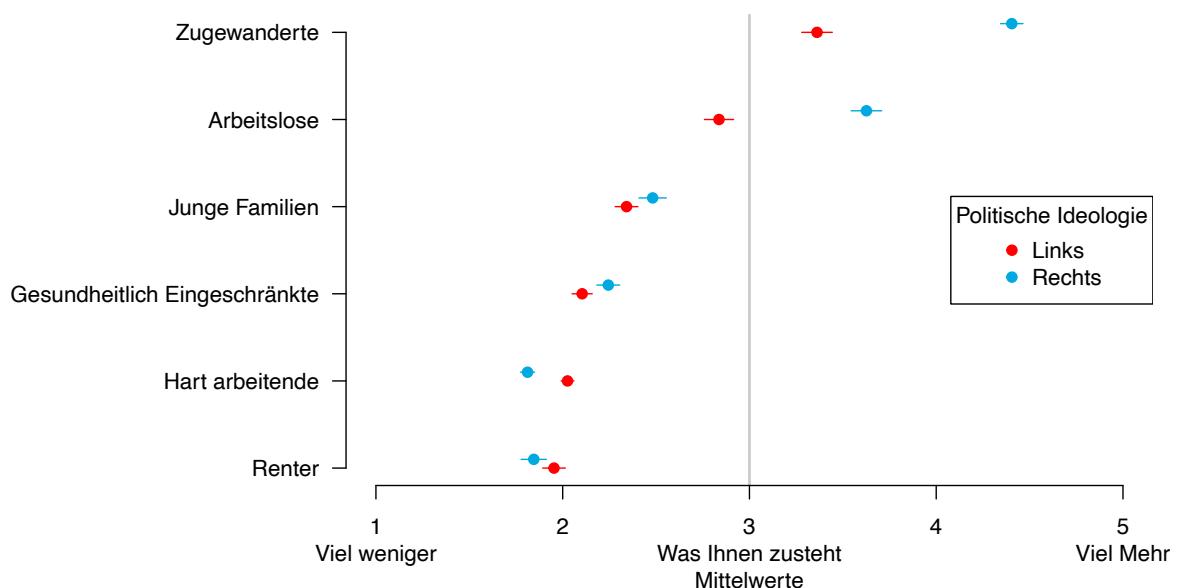
Die Abbildung belegt außerdem große Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen, die auffällig übereinstimmen mit bekannten Mustern der ‚deservingness‘-Wahrnehmungen. So werden vor allen Dingen Zugewanderte und Geflüchtete sowie Arbeitslose als Gruppen betrachtet, die vom Sozialstaat mehr erhalten als ihnen (aus Sicht der Befragten) zusteht. Dies hängt damit zusammen, dass von diesen Gruppen eher erwartet wird, einen eigenen Beitrag zu leisten, um sich aus ihrer sozialen Notlage zu befreien. Bei Migrant:innen und Geflüchteten kommt hinzu, dass diese Gruppe eine andere ethnische oder nationale Identität haben als die deutsche Mehrheitsbevölkerung.

Im Gegensatz dazu nehmen die Befragten für die Gruppen der Rentner:innen und der „hart arbeitenden Menschen aus der Mitte der Gesellschaft“ eine unfaire Benachteiligung durch den Sozialstaat wahr. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass bei diesen Gruppen ein

Missverhältnis zwischen ihren Beiträgen und Leistungen für die Gesellschaft und der spezifischen Unterstützung durch den Sozialstaat gesehen wird. Wieder ist es der Bereich der Altersrenten, der mit stärker wahrgenommener Ungleichbehandlung einhergeht. Neben diesen beiden Gruppen nehmen die Befragten auch für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und junge Familien eine zu geringe Unterstützung durch den Sozialstaat wahr. Die Tatsache, dass die Wahrnehmungen von Benachteiligung durch den Sozialstaat für junge Familien weniger stark ausgeprägt ist als für Renter:innen, kann als Indikator einer generationenbezogenen Asymmetrie gedeutet werden: Die Gesamtbevölkerung scheint sich stärker mit den Bedürfnissen der Rentner:innengeneration zu solidarisieren statt mit denen der jungen Generationen.

Auch hier beeinflussen individuelle Merkmale der Befragten die subjektiven Einstellungen und Wahrnehmungen maßgeblich. Beispielhaft soll hier lediglich auf die Rolle von individuellen Ideologien eingegangen werden. Abbildung 7 zeigt, dass die individuelle Ideologie einen wesentlichen Einfluss darauf hat, welche Gruppen als besonders benachteiligt oder bevorzugt wahrgenommen werden. Generell kann festgehalten werden, dass Befragte, die sich selbst als politisch ‚rechts‘ bezeichnen, sehr viel stärker zwischen der ‚deservingness‘ unterschiedlicher Gruppen unterschieden als solche, die sich auf der linken Seite des politischen Spektrums verorten. Dies hat vermutlich damit zu tun, dass Linke eine generell positivere Einstellung zum Sozialstaat haben und gleichzeitig eine höhere Solidarität mit benachteiligten Gruppen wie Arbeitslosen und Migranten an den Tag legen. Bei Rechten ist die Unterstützung durch den Sozialstaat stärker konditional und eher davon abhängig, dass die jeweiligen Gruppen eine entsprechende Gegenleistung für die Gesellschaft und den Sozialstaat erbringen.

Abbildung 7: Zusammenhang zwischen individueller Ideologie und Wahrnehmungen zur Bevorzugung und Benachteiligung von Gruppen durch den Sozialstaat



Schlussfolgerungen und politische Implikationen

Dieses Paper hat verschiedene Indikatoren einer tief sitzenden Vertrauenskrise der Bürger:innen in den deutschen Sozialstaat zusammengetragen. Diese Vertrauenskrise umfasst verschiedene Dimensionen – von allgemeinen Performanz-Wahrnehmungen über Fairness bis hin zu Fragen der langfristigen Finanzierbarkeit von Sozialleistungen – und verschiedene Teilbereiche

des Sozialstaats. Trotz dieser Tatsache scheinen vor allem die Bereiche der Altersrenten und der Gesundheitsversorgung besonders betroffen zu sein. Unsere Daten zeigen auch, dass die Menschen in Deutschland den Sozialstaat nicht automatisch und zwangsläufig als ungleichheitsmindernde Institution wahrnehmen. Vielmehr kann der Sozialstaat selbst neue Verteilungskonflikte produzieren, insbesondere dann, wenn eine selektive Bevorzugung oder Benachteiligung unterschiedlicher Gruppen wahrgenommen wird. Die Vertrauenskrise des Sozialstaats kann langfristig zu einer Vertrauenskrise der Politik führen. Frühere Forschungsarbeiten des Exzellenzclusters zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie haben zwar gezeigt, dass generalisiertes politisches Vertrauen ziemlich stabil ist und selbst Krisen wie die Pandemie überstehen kann, auch wenn die Kritik am kurzfristigen Krisenmanagement wächst.⁶ Über lange Zeiträume betrachtet kann sich eine Abwärtsspirale aus erodierendem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats aber durchaus übertragen auf Misstrauen in die Leistungsfähigkeit und damit die Legitimität demokratischer Politik.⁷

Welche politischen Handlungsempfehlungen lassen sich aus den erzielten Befunden ableiten?

Erstens sollte es vordringlich darum gehen, das verloren gegangene Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats wieder herzustellen. Die Bereiche Rente und Gesundheit erscheinen hier von zentraler Bedeutung und sollten daher in der reformpolitischen Agenda höchste Priorität haben. Die größtenteils demographisch bedingte Kombination aus steigenden Kosten, sinkendem Leistungsniveau und steigender Unsicherheit bei der Altersvorsorge der jüngeren Generationen, die in den letzten Jahren dominant war, hat sicherlich zu einer Erosion des Vertrauens in die Rente beigetragen. Reformstrategien sollten daher nicht nur darauf zielen, eine gute Balance zwischen den legitimen Interessen der unterschiedlichen Generationen zu finden, sondern auch darauf achten, durch gute Kommunikation und positiv besetzte Narrative das Vertrauen in das Rentensystem wieder herzustellen.

Zweitens deuten die Befunde zu den gruppenbezogenen Wahrnehmungen von Bevorzugung und Benachteiligung durch den Sozialstaat auf eine Diskrepanz zwischen subjektiven Wahrnehmungen und objektiven Tatsachen hin. Um ein Beispiel heraus zu greifen: Obwohl die Gruppe der heutigen Renter:innen ein hohes Maß an finanzieller und auch symbolischer Unterstützung durch den Sozialstaat erfahren, werden sie als benachteiligt wahrgenommen. Im Gegensatz dazu werden die relativ kleinen Minderheiten der Arbeitslosen und Geflüchteten als unfairerweise bevorzugt wahrgenommen, obwohl sie in Bezug auf das individuelle Niveau ihrer gruppenbezogenen Sozialleistungen sowie der Gesamthöhe der Ausgaben für diese Bereiche des Sozialstaats wesentlich weniger Ressourcen in Anspruch nehmen als das Renten- oder Gesundheitssystem. Auch hier sollte in der politischen Kommunikation darauf geachtet werden, potenziell verzerrte subjektive Wahrnehmungen durch systematische Konfrontation mit objektiven Tatsachen herauszufordern. Dies ist deswegen von essenzieller Bedeutung, weil letztlich die subjektiven Wahrnehmungen das Wahlverhalten in zentraler Weise beeinflussen.

⁶ Busemeyer, Marius R. 2022. „The Welfare State in Really Hard Times: Political Trust and Satisfaction with the German Health Care System during the Corona Pandemic.“ *Journal of European Social Policy* 32(4):393-406.

⁷ Haugsgjerd, Atle and Staffan Kumlin. 2020. "Downbound Spiral? Economic Grievances, Perceived Social Protection and Political Distrust." *West European Politics* 43(4):969-90.